

Claudia Pinl

## Zur innenpolitischen Situation in Indien

### *Zentrifugale Tendenzen*

„Teile und herrsche“ war während hundert Jahren das Prinzip der britischen Kolonialmacht auf dem indischen Subkontinent gewesen. Die Briten verstanden es trefflich, Moslems gegen Hindus auszuspielen, Südinder gegen Nordinder, Rajahs und Maharajahs gegen die junge einheimische Bourgeoisie. *Mahatma Gandhis* politische Großtat hatte in dem Versuch bestanden, ein indisches Nationalbewußtsein zu scharfen — jenseits aller Trennungslinien zwischen Sprachgruppen, Rassen, Kasten und religiösen Bekenntnissen.

Heute, 22 Jahre nach Gandhis Tod und kurz nach den aus Anlaß seines 100. Geburtstages (2. 10. 1969) in ganz Indien mit Pomp begangenen Feierlichkeiten sind die zentrifugalen Tendenzen stark wie nie zuvor. Religiöse, sprachliche und ethnische Konflikte bestimmen das Bild der Innenpolitik, zuletzt akut geworden im Streit um die Stadt Chandigarh. Dem Beobachter wird schnell deutlich, daß hier weniger originäre „Freund-Feind“-Gefühle am Werk sind als vielmehr die Berechnung ehrgeiziger Führer und Politiker, die es verstehen, ihre Anhängerschaft immer wieder für die Er kämpfung von Zielen aufzuputschen, die zwar den Führern, nicht jedoch den Geführten nutzen. Gewalttätige Demonstrationen, für die Heiligkeit der Kühe oder für die Neuordnung bestehender Bundesländergrenzen, stärken die politische Situation ehrgeiziger Politiker, während sie für die verführten, die in den Städten dahinvegetierenden Massen der Armen die Funktion der psychologischen Entlastung haben. Scheinkonflikte, deren Austragung meist zu blutigen Unruhen führt, vermögen die Klassengegensätze noch immer zu überspielen.

### *Die Spaltung der Kongreß-Partei*

Nach Gandhis Ermordung schien sein politisches Erbe in dem 1885 gegründeten *All-Indischen Nationalkongreß* bewahrt zu bleiben, in dessen Zusammensetzung die sprachliche, ethnische und religiöse Vielfalt Indiens sich widerspiegelt. Das Programm

des Kongresses für das unabhängige Indien bestand im Bekenntnis zu einem säkularen Staat, in dem alle Gruppen gleichberechtigt am Aufbau des Landes mitwirken sollten. Die Persönlichkeit *Jawaharlal Nehrus* und der sich nur langsam abnutzende Mythos des Kongresses als Er kämpfer der Unabhängigkeit bewirkten 22 Jahre lang den Zusammenhalt dieser heterogenen politischen Gruppierung und garantierten zugleich deren unangefochtene Stellung im Zentralparlament und in den 17 Unionsstaaten; der Kongreß als die mit Abstand größte Partei und fast die einzige von überregionaler Bedeutung vermochte die separatistischen Tendenzen hinzuhalten.

Inzwischen sind innerhalb des Kongresses die Gegensätze aufeinandergeprallt, es ist zu einer Parteispaltung gekommen über den Versuch des Ministerpräsidenten, Frau *Indira Gandhi*, sich von der politischen Bevormundung der obersten Parteibürokratie zu lösen. Die nach Nehrus Tod erstarkte Parteiführung — das „Syndikat“ — betrachtete die Ministerpräsidenten *Shastri* und *Indira Gandhi* als ihre Kreaturen und politischen Werkzeuge. Gegen diesen Machtanspruch von Parteivorsitzendem und Parteivorstand lehnten sich sowohl Lal Bahadur Shastri als auch Indira Gandhi auf, nachdem sie vom „Syndikat“ erst einmal in den Sessel des Regierungschefs gehoben worden waren. Frau Gandhi hat schließlich mit ihrer Entscheidung vom August vergangenen Jahres, den unabhängigen Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten, / *Giri*, gegen den von den Parteibossen gekürten Kandidaten zu unterstützen, den offenen Konflikt provoziert.

Kurz darauf entließ sie den konservativen Finanzminister *Morarji Desai* und gab die Verstaatlichung von 14 Handelsbanken durch Exekutivverfügung bekannt, eine Maßnahme, gegen die Desai und das Syndikat bisher opponiert hatten. Die Folgen waren im November 1969 die Spaltung des Parteivorstands („working committee“) und der Parteausschluß Frau Gandhis durch die dem Syndikat zugehörenden Vorstandsmitglieder.

Dies waren die Anlässe der Parteispaltung, deren Ursachen natürlich tiefer liegen. In seiner alten Gestalt war der Kongreß als „Große Koalition“ aller Kräfte von ganz weit rechts bis zur sozialistischen Linken kaum noch imstande, die wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes auch nur ansatzweise zu lösen. Konnte man sich schon schwerlich auf ein präzises Aktionsprogramm einigen, so scheiterte dessen Ausführung immer wieder an den beharrenden Kräften auf dem rechten Flügel der Partei. Die Politik, die gemacht wurde, war faktisch die des rechten Flügels und der dort vertretenen Interessen der privaten Großindustrie.

Die Beziehungen zwischen dem Kongreß und den ihn finanzierenden Konzernherren sind in letzter Zeit von jüngeren Abgeordneten des Gandhi-Flügels angeprangert worden. Vor allem dem *Birla-Konzern* wurde vorgeworfen, daß er seine Finanzmacht und seinen Einfluß auf Abgeordnete und Minister (Desai wurde genannt) dazu genutzt habe, sich eine große Anzahl von Produktionslizenzen zu beschaffen, ohne die keine größeren Neuinvestitionen vorgenommen werden können. Birla habe so mit Hilfe einflußreicher Kongreßpolitiker seine Monopolstellung ausgebaut auf Kosten einer optimalen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Tatsächlich hat der Kongreß schon lange den Kontakt zu den Massen der Armen verloren. Den von offizieller Seite immer wieder verkündeten pseudo-sozialistischen Parolen stand auf der anderen Seite das Machtinteresse der Kongreßpolitiker entgegen, die oft bis zur Unkenntlichkeit mit den herrschenden Schichten verfilzt sind. Im westbengalischen Industriezentrum Durgapur zum Beispiel war der größte Landbesitzer der Gegend, *Ananda Mukherjee*, bis vor kurzem Chef der dort als Tarifpartner anerkannten INTUC-Gewerkschaft (dem Kongreß nahestehend), zugleich Kongreßabgeordneter im Regionalparlament in Kalkutta.

Daß sich die Loyalität der Massen zur Partei Gandhis und Nehrus auf die Dauer nicht mit sozialistischen Parolen allein erhalten läßt, zeigten die letzten allgemeinen Wahlen von 1967, die erstmals in einer größeren Zahl von Unionsstaaten Konkurrenz-

parteien ans Ruder brachten; auch im Unionsparlament in Delhi büßte der Kongreß eine hohe Zahl von Sitzen ein.

#### *Einige wirtschaftliche Erfolge*

Wird Indira Gandhi die Unterstützung der Massen wiedergewinnen? Das hängt davon ab, ob es unter ihrer Führung gelingt, auch nur ansatzweise die Lage der Millionen Armen zu bessern.

Zwar hat die indische Wirtschaft in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht. An erster Stelle ist hier eine wesentliche Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrags zu nennen; die Einführung neuer hochertragreicher Hybridsaaten und die Konzentration der Entwicklungsanstrengungen auf Gebiete mit gesicherter Wasserversorgung und mit mittlerem bis größeren Grundbesitz haben dazu geführt, daß die Ernte 1969 erstmals die Grenze von 100 Millionen Tonnen Getreide und Hülsenfrüchte erreichte. Die Konzentration auf die besser ausgestatteten landwirtschaftlichen Gebiete bedeutet aber, daß die relativ reichen Bauern reicher werden (übrigens ohne daß sie mehr als formal besteuert würden!), die Armen aber, vor allem die kleinen Pächter und Landarbeiter, arm bleiben.

Auch die Industrieproduktion zeigt einen Aufwärtstrend nach vorangegangener Stagnation; jeweils am Vorjahr gemessen stieg die industrielle Produktion 1968 um 6 vH, 1969 um 7 vH. Die Exporte wuchsen gar 1968/69 um 13 vH an, wobei erfreulicherweise den Hauptanteil an dieser Steigerung nicht-traditionelle Exporte wie Eisen und Stahl, Produkte der metallverarbeitenden Industrie und chemische Produkte ausmachen. Das Handelsbilanzdefizit hat sich außerordentlich verringert (von 9,2 Md. Rupien 1966/67 auf 4,3 Md. 1968/69). Allerdings wird das wirtschaftliche Wachstum durch die jährliche Bevölkerungszunahme um 13 Millionen Menschen (2,3 ‰) wieder in Frage gestellt. Die Klassenverhältnisse tun ein übriges, um zu verhindern, daß die bescheidenen wirtschaftlichen Erfolge sich positiv auf die Lage der Massen auswirken; sie kommen vielmehr nur einer kleinen Schicht zugute. Ähnlich wie die Landwirtschaftspolitik hat auch die Politik der industriellen Entwicklung die Wirkung, die Großen zu fördern und die Kleinen ihrem Elend zu überlassen. Das Lizenzsystem, das zum erklärten Ziel hatte, der wirtschaftlichen Konzentration entgegenzuwirken, hat diese im Gegenteil verstärkt. Die Korruption hat dafür gesorgt, daß die von vornherein wirtschaftlich potentesten Unternehmer bevorzugt in den Besitz der Lizenzen kamen.

So hat also am Wirtschaftswachstum bisher nur eine winzige Minorität Anteil: Erstens die im modernen industriellen Sektor Tätigen, vorzugsweise die Unternehmer, aber in viel bescheidenerem Ausmaß auch die Arbeiter der Großunternehmen, deren Löhne auf der niedersten Stufe etwa dreimal so hoch sind wie der Landesdurchschnitt; zweitens haben die reicheren Bauern profitiert, d. h. die Eigentümer von 15 acres (6 Hektar) und darüber. Aber 72 % aller Bauernhöfe erreichen noch nicht einmal die Durchschnittsgröße von 2,2 Hektar! Die Realeinkommen der großen Mehrheit haben sich kaum gebessert; für einige Gruppen, deren Einkommen mit den steigenden Preisen nicht Schritt hielt, sind sie sogar gesunken. Der Abstand zwischen arm und reich wird von Jahr zu Jahr größer.

#### *Indira Gandhis Politik*

Es sieht nicht so aus, als ob der neue Fünfjahresplan 1969—1974 an dieser Entwicklung Wesentliches ändern wird. „Die Furcht vor einem radikalen Linkskurs der Regierung Gandhi, wie sie in Deutschland verbreitet zu sein scheint, ist auf jeden Fall übertrieben. Der 4. Fünfjahresplan ist kein Dokument für einen Linkskurs“, meint der Wirtschaftsreferent der bundesdeutschen Botschaft in Neu Delhi, Dr. *Konrad Seitz*. Der neue

Fünf jahresplan sieht u. a. die baldige Verstaatlichung des Versicherungswesens vor und eine größere Rolle des Staates im Außenhandel; das Lizenzierungssystem soll so geändert werden, daß es nunmehr der Konzentration entgegenwirkt, über die Kreditvergabe soll staatlichen Stellen ein größerer Einfluß auf die Privatindustrie eingeräumt werden.

Auf dem Parteitag des regierenden Kongreßflügels Ende Dezember 1969 in Bombay hatten die „Jungtürken“ unter Frau Gandhis Anhängern intensiv nach einem radikaleren Programm gerufen. Aber ein Antrag, das Grundrecht auf Eigentum abzuschaffen, wurde abgelehnt. Frau Gandhi ist sichtlich bemüht, die Privatunternehmer nicht zu vergraulen. Dagegen hat man endlich gewagt, die Privilegien und die aus dem Staatsbudget bisher bezahlten Privatschatullen der ehemaligen Fürsten abzuschaffen.

Als nächstes soll mit einer energischen Durchführung der Landreformgesetze begonnen werden, die bisher von den zuständigen Regierungen der Unionsstaaten blockiert wurden. Angesichts der Tatsache, daß noch immer 70 % der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind, davon etwa 40 % Lohnarbeiter (Tagelöhner) und viele mehr, die die Erträge ihres winzigen Fleckchens Land durch Lohnarbeit ergänzen müssen, wird deutlich, welcher Sprengstoff sich hier anhäuft. Eine Besserung der Lage dieser Menschen würde bedeuten, gegen den Widerstand der größeren Landeigentümer die gesetzlichen Eigentums Grenzen von 10 bis 12 Hektar zu erzwingen und die Unkündbarkeit der Pächter durchzusetzen. Da sich der Kongreß jedoch nach wie vor in vielen Regionen auf die Stimmen der reichen Bauern und ihres Anhangs stützt, ja oft genug mit diesen identisch ist, wird es wahrscheinlich auch hier im wesentlichen bei einer Absichtserklärung bleiben.

#### *Radikalisierung der Massen*

Das heißt nicht, daß auf dem Gebiet der Besitzverhältnisse inzwischen alles beim alten bliebe. Nachdem sie jahrhundertlang durch Steuerpächter, Wucherer und Großgrundbesitzer ausgepreßt wurden und dies in religiöser Befangenheit als Schicksal hingenommen, haben die Unterprivilegierten seit einigen Jahren begonnen, sich aufzulehnen. Täglich kann man in indischen Zeitungen über Unruhen auf dem Land lesen. Pächter und besitzlose Landarbeiter besetzen die Felder von Großgrundbesitzern und ernten sie ab; hin und wieder werden Landbesitzer oder Wucherer ermordet aufgefunden. Diese Vorkommnisse werden zum Teil von Mitgliedern der linkskommunistischen Partei „Communist Party of India — Marxist“ (CPM) oder von den noch radikaleren „Naxalites“ initiiert (die Bezeichnung „Naxalites“ geht auf die Unruhen 1967 im Naxalbari-Distrikt am Fuß des Osthimalayas zurück). Kader dieser beiden Gruppen, die auf dem Land arbeiten, sind es, die zum erstenmal seit Jahrhunderten Unterprivilegierten beibringen, daß ihr Elend nicht religiöses Schicksal ist, sondern in den sozialen Verhältnissen begründet ist. Die Rache der herrschenden Schichten ist bisweilen furchtbar: Als sich in Tanjore südlich von Madras vor einem Jahr „unberührbare“ Tagelöhner zu einer Gewerkschaft zusammenschlossen, überfielen die Grundbesitzer das Dorf, zündeten die Hütten der Landarbeiter an und verbrannten 43 Männer, Frauen und Kinder. Der soziale Gegensatz wird verschärft durch die ungeheure Verachtung, die Angehörige der höheren Kasten (meist, nicht immer, identisch mit den Wohlhabenderen) den niederen Kasten oder gar den Kastenlosen entgegenbringen. Aber der zentrale hinduistische Glaubenssatz, man sei in eine bestimmte Kaste hineingeboren aufgrund seiner Handlungen in einem früheren Leben und habe daher seine Stellung als gottgewollt zu akzeptieren, beginnt allmählich seine herrschaftssichernde Kraft zu verlieren.

Auch die Arbeiterschaft läßt sich nicht mehr widerspruchslos von ihren Oberen als Dienerrasse behandeln. In Westbengalen setzen Arbeiter ihre Forderungen in zunehmend

militanter Weise durch — mittels monatelanger Streiks und der „Gheraos“, d. h. „Einkreisung“ eines oder mehrerer Vertreter des Managements, die zum Beispiel so lange in der prallen Sonne von den Arbeitern belagert werden, bis sie deren Forderungen nachgeben, die oft nichts anderes beinhalten als das Verlangen, endlich rückständige Löhne ausgezahlt zu bekommen.

Die CPM, stärkste Fraktion der Legislative Westbengalens und zusammen mit 13 anderen Parteien bis vor kurzem in einer Volksfrontregierung, unterstützt diese Bewegungen durch ihre Kader; offenbar empfanden sich einige ihrer Regierungsmitglieder aber zugleich als Ordnungsfaktoren, denn es kam immer wieder vor, daß die unter der Führung des CPM-Vorsitzenden und Innenministers *Jyoti Basu* stehende Polizei eingriff, nicht ohne dabei regelmäßig ein paar Tote auf ihr Konto zu buchen.

„Der Lange Marsch durch die Institutionen“, dem sich in Bengalen beide kommunistischen Parteien unterziehen, scheint unter indischen Verhältnissen die Korrumpierung der politischen Ziele geradezu herauszufordern. Die (inzwischen auseinandergebrochene) von Sozialisten und Kommunisten dominierte Volksfront Westbengalens hat es nicht geschafft, die unselige Verfilzung zwischen Beamtenschaft und der parasitären Zwischenschicht von Schwarzmarkthändlern und Wucherern zu beseitigen — Reis ist zwar in Westbengalen offiziell rationiert, aber die Reichen können die Rationierung durch das Bezahlen von Schwarzmarktpreisen umgehen.

Im Unterschied zu den kommunistischen Parteien lehnen es die „Naxalites“ konsequent ab, sich auf die herkömmliche Weise, die unweigerlich mit Korruption und der Jagd nach Pfründen verbunden ist, als politische Macht zu etablieren; ihr Weg ist der der militanten Selbsthilfe der armen Massen. Den Beweis, ob es einen anderen Weg gibt, das Los der 550 Millionen zu bessern, wird die Regierung Gandhi bald antreten müssen.